

# KIPA 1 / 2008

---

Kommentare zur Internationalen Politik  
und Außenpolitik

Daria W. Dylla

Polen und der US-Raketenabwehrschild.  
Eine Kommentarreihe  
*Teil II: Dezember 2007/Januar 2008*



Lehrstuhl Internationale Politik  
Universität zu Köln

# Polen und der US-Raketenabwehrschild. Eine Kommentarreihe

Teil II: Dezember 2007/Januar 2008

Daria W. Dylla<sup>1</sup>

Die Kommentarreihe soll dem interessierten Leser regelmäßig Basisinformationen über den Verhandlungsprozess zur Stationierung der US-Raketenabwehrbasis auf polnischem Territorium aufbereiten sowie einen Blick in die öffentliche Diskussion in Polen ermöglichen. Dies wird u. a. anhand eines knappen Überblickes über die Medienkommentare aus den drei größten polnischen Tageszeitungen: *Gazeta Wyborcza*, *Rzeczpospolita* und *Dziennik* erfolgen, die jeweils kontextualisiert und durch Aussagen polnischer Machttträger ergänzt werden.

Die öffentliche Diskussion in Polen über die geplante Stationierung der US-Raketenabwehrbasis auf polnischem Territorium im Dezember 2007 und im Januar 2008 wurde zum einen durch die Wiederaufnahme der Verhandlungen Warschaws mit Washington dominiert. Zum anderen konnte die polnische Öffentlichkeit den ersten direkten Austausch der polnischen und russischen Entscheidungsträger verfolgen, der im Schatten der Drohungen Moskaus mit militärischen Gegenmaßnahmen stattfand.

## Die Wiederaufnahme der polnisch-amerikanischen Verhandlungen

Durch das Treffen des polnischen Verteidigungsministers Bogdan Klich mit seinem amerikanischen Amtskollegen Robert Gates Mitte Januar 2008 wurde eine neue Etappe in den polnisch-amerikanischen Verhandlungen eröffnet, die aufgrund der Parlamentswahlen in Polen im Herbst 2007 auf den Wunsch der USA vorübergehend eingestellt worden war. Kurz vor seiner Abreise nach Washington verriet der polnische Minister in einem Zeitungsinterview die in Polen seit langem erwarteten Bedingungen, welche die Tusk-Regierung der US-Seite für den Bau der US-Abwehrbasis auf polnischem Boden nun offiziell mitteilen wollte.

So erwartet Warschau zum einen die Übergabe der amerikanischen mobilen Luftabwehrsysteme vom Typ Patriot 3 (*Patriot Advanced Capability-3* [PAC-3]) oder THAAD (*Terminal High Altitude Area Defense*) zwecks der Stärkung der polnischen Luftverteidigung. Diese Erwartung begründete der polnische Verteidigungsminister erstens dadurch, dass es sehr schwer wäre, die polnische Öffentlichkeit zu überzeugen, die Installation auf polnischem Terrain vorzunehmen, ohne zusätzlich die Verstärkung der

---

<sup>1</sup> Daria W. Dylla, Dr. rer. pol. ist Politologin am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln.

Luftverteidigungsfähigkeit Polens zu unterstützen. Polen verfügt gegenwärtig über keine Instrumente zur effizienten Abwehr von Kurz- und Mittelstreckenraketen und diesbezügliche Investitionen sind für Polen nicht finanzierbar, betonte der Politiker. Zweitens wird die Notwendigkeit zur Modernisierung polnischer Streitkräfte mithilfe der USA dadurch begründet, dass die Lebensfähigkeit des Luftabwehrsystems, über welches Polen derzeit verfügt, bald am Ende ist, wohingegen das Land nach der Stationierung des US-Schildes Bedrohungen stärker als heute ausgesetzt würde. Dabei ist es laut Klich nicht Russland, das Polen fürchtet, da seitens Moskau in der nächsten Zukunft keine militärischen Bedrohungen zu erwarten sind. Sollte die US-Anlage auf polnischem Territorium errichtet werden, dann ist, nach der Meinung des polnischen Verteidigungsministers, eher mit einem Angriff vonseiten terroristischer Organisationen zu rechnen.

Als zweite Bedingung in dem polnischen Verhandlungspaket bezeichnete Klich den Abschluss eines Militärabkommens mit den USA.<sup>2</sup> Begründet wäre die Unterzeichnung eines solchen Abkommens laut dem Minister mit den polnischen Leistungen gegenüber den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren, wobei er in diesem Kontext primär an die bedingungslose Unterstützung der Intervention im Irak 2003 erinnerte, die auf Kosten der guten Beziehungen Polens mit einigen europäischen Partnern ging. Von dem polnisch-amerikanischen Militärabkommen erwartet sich Klich sowohl die Institutionalisierung der polnisch-amerikanischen Zusammenarbeit durch ständige Konsultationen in allen Aspekten, die die Sicherheit betreffen, als auch den Zugang zu den neuesten Technologien, wie etwa zu dem Kommunikations- und Aufklärungssystem C4SiR.<sup>3</sup>

Wenngleich das Gespräch der polnischen und amerikanischen Verteidigungsminister kurz nach der Entscheidung der Tusk-Regierung über den Abzug der polnischen Streitkräfte nach fünf Jahren aus dem Irak stattfand, konnte die Gesprächsatmosphäre jedoch möglicherweise durch die geplante Aufstockung der Soldaten bzw. die Entsendung einiger Hubschrauber nach Afghanistan verbessert werden.<sup>4</sup> So konnte auch der Verteidigungsminister nach seiner Rückreise der polnischen Bevölkerung seine Mission als Erfolg verkaufen, da nach seinen Angaben die Vereinigten Staaten nun eine größere Bereitschaft zeigen, die polnischen Postulate zu akzeptieren.<sup>5</sup>

Doch nicht allein die polnischen Erwartungen an Gegenleistungen der Amerikaner, sondern auch die von den Spitzenpolitikern der polnischen Regierungspartei „Bürgerplattform“ (PO) in den letzten Wochen mehrfach wiederholte Skepsis gegenüber der US-Anlage stellen ein Novum in den amerikanisch-polnischen Verhandlungen dar. So meinte etwa der Premier

---

<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang stellte der polnische Außenminister Sikorski fest, dass die USA bereits mit Deutschland, Großbritannien, Italien, der Türkei und Japan solche Militärabkommen unterschrieben haben und Polen wolle „in dieser Liga sein“. Interview mit Radosław Sikorski, Radio TOK FM, 23.1.2008.

<sup>3</sup> Interview mit Bogdan Klich, in: Dziennik: Klich: tarcza za patrioty, 12.1.2008.

<sup>4</sup> Die Soldatenaufstockung in Afghanistan nannte Klich ein wichtiges Argument in den anstehenden Verhandlungen mit den USA, s. TVN24: Klich: musimy być silniejsi w Afganistanie, 13.1.2008.

<sup>5</sup> Polnische Presseagentur (PAP): USA bardziej gotowe do spełnienia polskich postulatów, 17.1.2008.

Donald Tusk in einem Interview mit der Wochenzeitung *Newsweek Polska*: „Mit Sicherheit sollen wir uns in Bezug auf den Abwehrschild nicht beeilen. Warten wir die Effekte unserer Gespräche ab. Wir sollten nicht vergessen, dass der Schild Amerika und nicht Polen schützen soll.“<sup>6</sup> In einem ähnlichen Ton äußerte sich Ende Januar 2008 der ehemalige Verteidigungsminister Polens Bronisław Komorowski: „Amerikaner wollen den Schild für sich, nicht für Polen, er ist notwendig für die Verteidigung des Territoriums der Vereinigten Staaten und eventuell Westeuropas, aber nicht Polens. Das System ist für die Verteidigung des polnischen Territoriums unbrauchbar.“<sup>7</sup>

### **Bewusste Einschränkung der Handlungsautonomie**

Wenn nun die beiden Aspekte zusammen betrachtet werden: die öffentliche Bekanntgabe des polnischen Verhandlungspakets – und zwar direkt vor der Wiederaufnahme der Gespräche mit Washington – sowie die medienwirksam wiederholten Aussagen über die negative Sicherheitsbilanz, sollte die Abschlussrampe ohne zusätzliche Sicherheitsgarantien in Nordpolen aufgestellt werden, dann lässt sich an der Vorgehensweise der polnischen Verhandlungsträger die im Rahmen der Politikwissenschaft wohl bekannte Taktik der „gebundenen Hände“ erkennen. Diese beruht auf einer bewussten Selbstbindung außenpolitisch agierender Politiker an innenpolitische Einschränkungen, etwa an die Präferenzen der Wählerschaft, wobei diese nicht selten mithilfe einer medialen *Framing*-Kampagne mit Blick auf eine bestimmte Verhandlungsfrage zuvor politisch beeinflusst werden. Durch die Politisierung einer Entscheidungsfrage wird sich zwar der Handlungsspielraum der Regierung verkleinern; eine geringe Handlungsautonomie auf innenpolitischer Ebene kann jedoch einen hohen Anteil an Kooperationsgewinnen auf internationaler Ebene zur Folge haben.<sup>8</sup> Zwei Voraussetzungen für den Erfolg dieser Taktik müssten allerdings erfüllt werden: erstens sollten die (selbst-)gebundenen Hände dem internationalen Verhandlungspartner glaubwürdig vermittelt werden und zweitens müssten sich die Zugeständnisse für die andere Seite lohnen.

Während aber die erste Bedingung aufgrund der polnischen Sensibilisierung für die Sicherheitsfrage als erfüllt betrachtet werden kann, so ist immer noch unsicher, ob die USA die polnischen Bedingungen akzeptieren werden. Die Unsicherheit ergibt sich u. a. daraus,

---

<sup>6</sup> Donald Tusk zitiert in: PAP: USA: tarcza antyrakietowa jest w interesie Polski, 7.1.2008.

<sup>7</sup> Bronisław Komorowski, Polnischer Rundfunk, Sendung: „Sygnały Dnia“, 25.1.2008.

<sup>8</sup> Die Unflexibilität wird dann dem Verhandlungspartner nach dem Motto übermittelt: „I'd like to accept your proposal, but I could never get it accepted at home“ (Putnam, Robert D.: *Diplomacy and Domestic Politics. The Logic of Two-Level Games*, in: Evans, Peter B./Jacobson, Harold K./Putnam, Robert D. (Hg.): *Double-Edged Diplomacy. International Bargaining and Domestic Politics*, Berkeley/Los Angeles/London, 1993: 431-468, hier S. 441). Zu dem sog. „Paradox der Schwäche“ vgl. vor allem bei Schelling, Thomas: *Strategy of Conflict*, Cambridge, 1960: 22 f.

dass die Amerikaner zwar aufgrund der geostrategischen Lage Polens<sup>9</sup> ein großes Interesse daran haben, auf polnischem Territorium die Abschussrampe zu stationieren, aber Polen ist nicht das einzige Land in der Region, in dem die Abfangraketen errichtet werden könnten.<sup>10</sup> Doch wenn sowohl die in die Verhandlungen mit Warschau inzwischen investierte Zeit als auch das Interesse der Bush-Administration an einem erfolgreichen Abschluss der Gespräche noch unter der derzeitigen Präsidentschaft in Betracht gezogen werden, dann ist nicht ausgeschlossen, dass die (politischen) Kosten, die etwa mit der Übergabe eines Luftwaffensystems an Polen einhergehen würden, in Washington niedriger eingeschätzt werden als der Nutzen, der sich aus dem Verhandlungsabschluss ergeben würde.

Es ist auch der unterschiedlich perzipierte Grad an Unsicherheit darüber, ob die bewusste Einschränkung der polnischen Verhandlungsflexibilität die USA zu Zugeständnissen bewegen wird, der die polnischen Publizisten in ihrer Bewertung des „harten Dialogs“ Warschaus mit Washington spaltet. Die Skeptiker warnen vor einem Scheitern der bilateralen Gespräche aufgrund der von der polnischen Seite gestellten Bedingungen, wodurch Polen keine Chance mehr erhalten könne, „um in den Kreis der engen Verbündeten der USA zu avancieren.“<sup>11</sup> Sie fordern die PO-Politiker zur mehr Flexibilität und Kompromissbereitschaft auf; denn ein einfacher Vergleich der polnischen historischen Erfahrungen mit der Militärstärke der Vereinigten Staaten zeige, dass die amerikanische Militärfähigkeit in unserem Land zum Sicherheitsfaktor werden könne.<sup>12</sup>

Die mit Zuversicht in die Richtigkeit der neuen Verhandlungslinie blickenden Kommentare scheinen jedoch zu überwiegen. Volle Zustimmung zu dem neuen Verhandlungsstil findet man etwa in einem *Rzeczpospolita*-Artikel mit dem Titel: „Polen ist kein Kellner von Bush“. Darin bemängelt der Autor, dass die polnischen Politiker ihre amerikanischen Amtskollegen daran gewöhnt haben, dass man die Polen als Kellner behandeln darf. Folglich überrascht es nicht, dass Washington mit dem Finger gedroht hat, als die neue polnische Regierung ihre Bedingungen vorlegte. Aus der Tatsache, dass der polnische Außenminister Radosław Sikorski früher in dem *American Enterprise Institute for Public Policy Research* in Washington gearbeitet hat, folgert der Publizist, dass seine harte Verhandlungsweise letztendlich auf einem grundlegenden Verständnis dessen, was er macht, basiert. Dass die polnische Delegation mit den USA über Gelder verhandelt, wird dabei nicht gerade negativ betrachtet; eher wird die Position der vorherigen Regierung von Jarosław Kaczyński kritisiert, die zu

---

<sup>9</sup> Vgl. Dylla, Daria W.: Polen und der US-Raketenabwehrschild. Eine Kommentarreihe, Teil I: Oktober/November 2007, in: *Kommentare zur Internationalen Politik und Außenpolitik (KIPA)*, Köln, 1/2007.

<sup>10</sup> S. Jäger, Thomas/Dylla, Daria W.: *Ballistic Missile Defense* und polnische Sicherheitsinteressen: Eine Analyse der Diskussion über die Stationierung der US-Raketenbasis auf polnischem Territorium, in: Jäger, Thomas/Dylla, Daria W. (Hg.): *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*, 2008 (im Erscheinen).

<sup>11</sup> Lorenz, Wojciech: Ameryka musi udowodnić, że zależy jej na tarczy, in: *Rzeczpospolita*, 12.1.2008.

<sup>12</sup> Janke, Igor: Sikorski gra ostro, in: *Rzeczpospolita*, 21.1.2008.

stolz war, über die US-Dollar zu sprechen. Dies sei aber naiv, stellt der Autor fest und betrachtet als gutes Beispiel die Türkei im Jahre 2003, die an Washington für ihre Zugeständnisse klare Bedingungen gestellt hat. Sikorski habe also Recht, wenn er fragt, warum den Nutzen aus der Stationierung die amerikanischen Rüstungsunternehmen erhalten sollen und nicht der polnische Staat, bewertet *Rzeczpospolita*.<sup>13</sup>

Eine Unterstützung erfuhr die Tusk-Regierung auch seitens des ehemaligen Sicherheitsberaters von Jimmy Carter, Zbigniew Brzeziński. In einem umfassenden Interview mit einer polnischen Tageszeitung stellt der aus Polen stammende Politologe fest, dass Warschau mit Washington nicht nur über die Aufstellung der Basis verhandeln soll; vielmehr soll das Abwehrsystem in einem breiteren Kontext gesehen werden, sodass es nicht um die finanzielle Entschädigung oder Aufrüstung gehen soll, wie z. B. um das Patriot-System – weil „ein paar Batterien die Sicherheit Polen nicht entscheidend vergrößern werden“ –, sondern um die „Festlegung einer vollständigen, wechselseitigen geostrategischen Abhängigkeit zwischen Amerika und Polen.“ Dabei sollten die Konsequenzen dieser Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der potenziellen Bedrohungen sowohl aus dem Iran als auch aus Russland diskutiert werden. Warum aber droht Russland dem polnischen Staat? Deswegen, so Brzeziński, weil es zum einen immer noch versucht, so etwas wie einen speziellen Status in denjenigen Ländern zu erreichen, die ehemals zum Warschauer Pakt gehörten. Zum anderen befürchtet der Kreml, dass die strategische Balance zwischen den USA und Russland durch den amerikanischen Abwehrschild noch stärker ins Schwanken geraten könnte. Denn wenn das amerikanische Raketenabwehrsystem irgendwann mal effektiver und größer würde, dann könnte es nicht zuletzt gegen Russland genutzt werden, meinte Brzeziński.<sup>14</sup>

Dass die Bedenken Russlands eine durchaus rationale Grundlage haben,<sup>15</sup> konnte der polnische Zeitungsleser ebenfalls aus den Aussagen der amerikanischen Sicherheitsexpertin Victoria Samson sowie des US-Professors Keir Lieber erfahren, die in *Rzeczpospolita* im Dezember 2007 zitiert wurden. Darin heißt es, dass der amerikanische Schild in Zukunft tatsächlich die Verteidigungsmöglichkeiten Russlands schwächen könnte (Samson) bzw. dass die Basis in Polen theoretisch in der Lage wäre, die US-Nuklearsuprematie über Russland zu festigen (Lieber).<sup>16</sup>

### **Die Polen-Russland-Gespräche im Schatten russischer Drohungen**

Da also von dem potenziellen Einfluss der US-Raketenabwehr auf das russische Abschreckungspotenzial in den polnischen Zeitungen offen gesprochen wird, sind in der

---

<sup>13</sup> Makowski, Jarosław: Polska nie jest kelnerem Busha, in: *Rzeczpospolita*, 25.1.2008.

<sup>14</sup> Interview mit Zbigniew Brzeziński, in: *Rzeczpospolita: Koniec romantycznej ignorancji*, 7.12.2007.

<sup>15</sup> Dies haben Jäger/Dylla (2008) analysiert.

<sup>16</sup> Gillert, Piotr: Tarcza w politycznej mgle, in: *Rzeczpospolita*, 3.12.2007.

polnischen Öffentlichkeit die zahlreichen Drohungen Russlands mit militärischen Gegenmaßnahmen,<sup>17</sup> wenngleich nicht angenehm, dennoch einigermaßen verständlich. Diese scheinen an Brisanz noch zugenommen zu haben. Kurz nachdem Russland am 12. Dezember 2007 den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa außer Kraft setzte, hat der russische Generalstabschef Juri Balujewski auf einer Pressekonferenz in Moskau davor gewarnt, dass eine vom polnischen Territorium abgefeuerte US-Abfangrakete durch das automatisierte russische Abwehrsystem missverständlich als Start einer ballistischen Rakete interpretiert werden und einen Gegenangriff auslösen könnte. Zwei Tage später hat der Kommandeur der Strategischen Streitkräfte Russlands, General Nikolai Solowzow, nicht ausgeschlossen, dass die US-Abwehrsystemteile in Mitteleuropa durch die russischen Interkontinentalraketen ins Visier genommen werden können. Ob Moskaus Drohungen Polen tatsächlich kalt lassen, wie es *Der Tagesspiegel* in einem Artikel Mitte Dezember 2007 suggerierte, ist aber zu bezweifeln. Diesen Eindruck könnte etwa die polemische Erwiderung des polnischen Außenministers auf die russischen Warnungen erwecken: „Ich hätte nur eine Bitte an ihn [Balujewski], dass er uns mit einem Atomkrieg nicht öfter als ein Mal pro Quartal droht“ – so Sikorski laut der Polnischen Presseagentur.<sup>18</sup> Dennoch erscheinen die Warnungen des großen Nachbarlandes in der polnischen Öffentlichkeit *de facto* ohne übertriebene Emotionen wahrgenommen zu werden. Als gute Beschreibung der polnischen Perzeption russischer Drohungen könnte ein polnischer Kommentar mit dem Titel: „Eine Bedrohung, die mehrfach wiederholt wird, verliert ihre Stärke“ dienen, in dem zwar die Notwendigkeit der Berücksichtigung solcher Aussagen betont wird, gleichzeitig jedoch dafür plädiert wird, dass man diese weder fürchten noch sich ihr beugen sollte. Der Publizist vertritt die Meinung, dass die regelmäßige Wiederholung der russischen Drohungen schwersten Kalibers Ausdruck der Schwäche sowie des Fehlens von anderen Argumenten ist, und je häufiger diese genannt werden, desto geringere Kraft haben sie, so der Publizist.<sup>19</sup>

Betrübt durch die russischen Warnungen vor der Errichtung der US-Abschussrampe auf polnischem Boden kam es im Januar 2008 zu dem ersten direkten Austausch Polens mit seinem östlichen Nachbarn über das amerikanische Raketenabwehrsystem. Dieser fand während der Visite des Vizeaußenministers Russlands Sergiej Kisljak am 10.1.2008 in Warschau sowie während des Besuchs des polnischen Außenministers Radosław Sikorski bei seinem Amtskollegen Sergiej Lawrow einige Tage später in Moskau statt. Da kaum jemand vermuten konnte, dass die Gespräche Einfluss auf die Haltung der beiden Seiten zu dem von Washington geplanten Ausbau des US-Abwehrsystems haben werden, war auch die Mitteilung des polnischen Außenministers über das Verbleiben „grundlegender

---

<sup>17</sup> Vgl. dazu bei Dylla, Daria W.: Mehr USA = mehr Sicherheit? Eine Prämisse polnischer Außenpolitik auf dem Prüfstand, in: Osteuropa 1/2008, 63-75.

<sup>18</sup> PAP: Moska nie będzie wywierać nacisku, 21.1.2008.

<sup>19</sup> Haszczyński, Jerzy: Groźba wiele razy powtórzona traci moc, in: Rzeczpospolita, 20.1.2007.

Meinungsunterschiede“ zwischen den beiden Ländern<sup>20</sup> nicht besonders erstaunlich. Überraschend – weil Polen seitens der Russen in Bezug auf den Abwehrschild bislang, wie erwähnt, beinahe ausschließlich mit Drohungen und Warnungen konfrontiert war – wurde an der Weichsel vielmehr die Aussage des russischen Außenministers Lawrow aufgenommen, der zugab, dass Russland kein Vetorecht hat und auch keinen Druck auf Warschau ausüben wird, wenn es zu einer polnischen Entscheidung kommen sollte. Vielmehr gehe es Moskau nur darum, so Lawrow, dass die russische Stellungnahme gehört und verstanden werde.<sup>21</sup>

### **Die Zweckmäßigkeit der polnisch-russischen Konsultationen und deren mediale Bewertung**

Da die Aufnahme der Konsultationen mit Russland von der oppositionellen Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) medienwirksam kritisiert wurde, so mussten sich auch die neuen Entscheidungsträger um eine Erklärung dieses Schrittes der polnischen Öffentlichkeit bemühen.

Mehrere Gründe für die Zweckmäßigkeit der Gespräche mit Russland in Bezug auf den Raketenabwehrschild wurden inzwischen von den polnischen Machthabern präsentiert. Aus diesen resultiert zum einen, dass sich Polen von Russland zusätzliche Informationen „aus erster Hand“ darüber erwartet, wie der Kreml die technischen Möglichkeiten des US-Abwehrsystems bewertet bzw. wie es den Einfluss des Systems auf die russische Sicherheit einschätzt.<sup>22</sup> Zum anderen sollten die Konsultationen als freundliche Geste Warschaws verstanden werden, da eine Transparenz und vollständige Information in punkto Raketenabwehr auch den Nachbarn Polens, der NATO und der EU bereitgestellt werden sollten.<sup>23</sup> Des Weiteren wird die Einbindung Russlands von den polnischen Entscheidungsträgern als eine „nachbarschaftliche Höflichkeit“<sup>24</sup> verstanden, die Radosław Sikorski mit der folgenden Metapher begründete: „Wenn wir auf dem Balkon einen Satellitenschild installieren und der Nachbar sagt, dass ihm der Schild Gesundheitsschaden verursachen wird, ist es gut ihn anzuhören, selbst wenn diese Sorgen unbegründet erscheinen. Nachbarn wählt man nicht aus, mit Nachbarn muss man leben. Umso mehr, wenn der Nachbar nahe liegt und der Verbündete weit weg ist.“<sup>25</sup> Nicht zuletzt werden die polnisch-russischen Gespräche als Einmischung Polens in den amerikanisch-russischen

---

<sup>20</sup> Radosław Sikorski zitiert nach PAP: Sikorski nie ustąpił Rosji ws. tarczy, 11.1.2008.

<sup>21</sup> PAP: Moskwa nie będzie wywierać nacisku, 21.1.2008.

<sup>22</sup> Witold Waszczykowski, der polnische Hauptunterhändler in Sachen Raketenabwehrsystem, zitiert nach: Wroński, Paweł: Rosjanie przyjadą rozmawiać o tarczy, in: Gazeta Wyborcza, 28.12.2007.

<sup>23</sup> Donald Tusk zitiert in: PAP: Wypowiedzi rosyjskiego generała nie będą warunkowały negocjacji ws. tarczy, 16.12.2007.

<sup>24</sup> Radosław Sikorski zitiert in: Rzeczpospolita: Sikorski o rozmowach z szefem rosyjskiej dyplomacji: to kurtuazja, 28.12.2007.

<sup>25</sup> Interview mit Radosław Sikorski, in: Gazeta Wyborcza: Sikorski: na tarczę jeszcze się nie zgodziliśmy, 5.1.2008.



Dialog interpretiert, wodurch eine Situation verhindert werden soll, dass über die auf polnischem Boden geplante Installation Gespräche zwischen Amerika und Russland über die Köpfe der Polen hinweg geführt werden.<sup>26</sup>

Doch ob Polen viele neue, brauchbare Informationen von den Russen erhalten wird bzw. Einfluss auf die russisch-amerikanischen Konsultationen nehmen kann, ist fraglich. Eine andere, auf der Erwartung eines realen Nutzens basierende Erklärung der Bereitschaft Polens, den russischen Nachbarn nicht nur zu informieren, sondern gar zu konsultieren, könnte vielmehr mit dem Wunsch der Tusk-Regierung verbunden werden, durch die Erwärmung der Beziehungen mit Russland das schlechte Image eines russophoben Landes zu verbessern und hierdurch den regionalen Einfluss zu erhöhen, was wiederum einen Zustimmungszuwachs in der polnischen Bevölkerung nach sich ziehen könnte. Diese Argumentationslinie lässt sich wie folgt begründen:

Erstens würde die Tusk-Regierung ihr außenpolitisches Ziel, eine prominente Position Polens in der EU zu erreichen,<sup>27</sup> nur schwer realisieren können, wenn Polen weiterhin ein konfliktreiches Verhältnis mit demjenigen Land pflegen würde, das in vielen westeuropäischen Hauptstädten als relevanter Partner betrachtet wird. Zweitens würden die polnischen Vorschläge im Hinblick auf die für Polen besonders relevanten EU-Entscheidungsbereiche, wie die Gestaltung einer europäischen Energiepolitik bzw. der Europäischen Nachbarschaftspolitik, erst dann vollkommen ernst genommen, wenn dem Land keine Übersensibilisierung gegenüber Russland, und d. h. aus westeuropäischer Sicht: keine „irrationalen“ Handlungsbeweggründe, attestiert werden könnten. Eine gestärkte Position Warschaws in der EU würde drittens das Gewicht Polens in den Augen der Vereinigten Staaten erhöhen, denn Polen ist für Washington umso wichtiger, je einflussreicher das Land in der EU ist. Die polnische Einflussmöglichkeit auf die EU-Fragen wird in Amerika umso interessierter beobachtet, je mehr die Polen das pro-atlantische Lager stärken, eine positive Stimmung für die US-Präsenz auf europäischem Kontinent machen und eine allzu emanzipierte Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufhalten könnten. Ein schwaches Polen kann diese Funktionen nicht erfüllen und ist hierdurch automatisch von geringerer Bedeutung für seinen amerikanischen Verbündeten. Im Interesse der USA liegt außerdem die Aufrechterhaltung der polnischen Vorbildfunktion für die postsowjetischen Staaten, die Polen – aufgrund des gelungenen Transformationsprozesses von einem kommunistischen Staat hin zu einer Demokratie sowie aufgrund der erfolgreichen Eingliederung in die westeuropäischen und atlantischen Strukturen – genießt. Doch unter den Kaczyński Brüdern scheint die polnische „Anziehungskraft“ etwa für die Ukraine, Weißrussland oder Georgien geringer geworden zu sein; denn ein Land, das sowohl im Osten als auch im Westen primär Feinde sieht und

---

<sup>26</sup> Interview mit Bogdan Klich, Radio ZET, 4.12.2008.

<sup>27</sup> Vgl. die Regierungserklärung von Donald Tusk vom 23. November 2007. Die englische Version ist abrufbar unter: <http://www.kprm.gov.pl/english/s.php?id=1413>.

der EU (vor kurzem auch der NATO) skeptisch gegenüber steht, weder die pro-westliche Orientierung dieser Länder stärkt noch dort als Anwalt ihrer Interessen betrachtet werden kann. Der Verlust Polens an *soft power* und damit an Einfluss auf die pro-atlantische Haltung der osteuropäischen bzw. kaukasischen Staaten gleicht somit dem Verlust des polnischen Staates an Relevanz für die USA. Viertens ist kaum vorstellbar, dass ohne eine Normalisierung der Beziehungen mit der Großmacht Russland, ohne verstärkte Position in der EU und ohne ausreichende *soft power* Polen in Zukunft die Rolle einer regionalen Führungsmacht einnehmen könnte. Nicht zuletzt fünftens wird es den Russen selbst schwerer als unter der Kaczyński-Führung fallen, das „normale“ EU-Land Polen zu ignorieren.

Das Streben der Tusk-Regierung nach der Normalisierung des polnisch-russischen Verhältnisses erscheint somit seinen Grund weniger in der Erwartung zu haben, nützliche Informationen über die russische Stellungnahme zu dem Raketenabwehrschild zu erhalten. Vielmehr ist die Aufnahme der Gespräche mit Russland mit der Hoffnung der neuen polnischen Entscheidungsträger zu erklären, das Image in Europa wie in Amerika zu verbessern, den damit einhergehenden Einfluss auf internationaler Ebene zu erhöhen und die Bevölkerungsunterstützung zu gewinnen. Und dass diese Annahme nicht nur eine Spekulation über die „wahren“ Ziele des polnisch-russischen Dialogs ist, bestätigt eine Aussage von Sikorski bezüglich der anstehenden Gespräche mit Russland: „Es ist besser zu sprechen als nicht zu sprechen. (...) Länder die sich selbst isolieren, haben keinen guten Ruf.“<sup>28</sup> Auch der polnische Premier Tusk stellte in seiner Regierungserklärung fest: „Der fehlende Dialog dient weder Polen noch Russland. Er verschlechtert (...) die Reputation beider Länder auf der internationalen Arena.“

Doch das sehen die Kaczyński Brüder offensichtlich anders und lehnen die Zweckmäßigkeit der Gespräche mit dem Kreml entscheidend ab. Die unterschiedliche Bewertung der pragmatischen Verschiebung in der polnischen Russlandpolitik war auch ein Grund zu Streitigkeiten zwischen dem Premier und dem, zweifellos den hohen Anspruch auf die Mitgestaltung der Außenpolitik erhebenden Präsidenten Lech Kaczyński. Zu Verstimmungen zwischen der Regierung und der Präsidentenkanzlei kam bereits nach der Deklaration von Tusk Ende November 2007, den Widerstand Polens gegen die Aufnahme Russlands in die OECD aufzugeben, was von dem Präsidenten mit „dem größten Erstauen“ zur Kenntnis genommen wurde.<sup>29</sup> Ein wenig positiver wurde von den Kaczyński-Brüdern die teilweise Aufhebung des im 2005 verhängten Importverbots polnischen Fleisches bewertet. Dennoch war das für Tusks Amtsvorgänger Jarosław Kaczyński in erster Linie ein „Erfolg für Russland“; denn durch die Verlagerung der Fleisch-Frage aus der EU-Ebene auf

---

<sup>28</sup> Rzeczpospolita: Sikorski o rozmowach z szefem rosyjskiej dyplomacji: to kurtuazja, 28.12.2007.

<sup>29</sup> Die entsprechende Erklärung der Präsidentenkanzlei vom 27.11.2007 kann auf der Website des polnischen Präsidenten unter: <http://www.prezydent.pl/x.node?id=1011848&eventId=14528081> abgerufen werden.

die bilaterale Ebene habe Polen zugegeben, dass es aus Sicht Russlands nicht ganz Teil der Europäischen Union sei.<sup>30</sup>

Wohl wissend, dass eine besonders pro-russische Haltung der Machttäger in Warschau in der polnischen Gesellschaft mit der Sowjetzeit assoziiert wird, und das heißt im Klartext: nicht gerade positiv betrachtet wird, versuchten die Kaczyński Brüder und ihre Berater, durch die Anspielung auf eine anscheinend auffällige Rücksichtnahme Tusks auf Russland bei einer gleichzeitigen Vernachlässigung der USA in der polnischen Gesellschaft zu punkten. Obwohl das Gelingen dieses *Framing*-Versuchs in Polen – nicht zuletzt aufgrund der Biographien der PO-Spitzenpolitiker – höchst unwahrscheinlich erscheint, wurde diese Argumentationslinie in den Kommentaren der, der Kaczyński-Partei nahe stehenden Publizisten verfolgt. Perfekt in die Aussagen der PiS-Politiker schiebt sich etwa ein Kommentar in *Rzeczpospolita* ein, in dem der Tusk-Regierung das Fehlen einer durchdachten Verhandlungsstrategie vorgeworfen und ihre Vorgehensweise als bloße Manifestation der Distanz zu der früheren PiS-Position abgetan wird. Aus dem Wunsch Tusks, die Beziehungen zu Russland zu verbessern und Moskau mit voller Information über die polnischen Militärpläne zu versorgen, entsteht für den Publizist der Eindruck, dass die Tusk-Regierung nun begonnen hat, die USA arrogant zu behandeln, während sie gleichzeitig versucht, Russland keinesfalls zu nahe zu treten. Die PO-Haltung fasst der Autor wie folgt zusammen: „Wir wollen keinen Schild, aber wenn der Onkel Sam den Geldbeutel zieht, dann werden wir es doch überlegen.“<sup>31</sup>

Volle Unterstützung für den „bahnbrechenden Wandel“ der polnischen Haltung zu Russland findet man hingegen in der Springer-Zeitung *Dziennik*, wo festgestellt wird, dass „das Tempo mit welchem Donald Tusk die Russlandpolitik ändert, sogar die Enthusiasten der Verständigung mit Moskau überrascht hat.“ Den neuen pragmatischen Kurs der Tusk-Regierung gegenüber Moskau, dem nicht zuletzt das Erreichen von handfesten wirtschaftlichen Zielen, wie etwa die Öffnung von Exportmärkten, zu Grunde liegt, wird dabei nicht gerade als Ausdruck einer pro-russischen Haltung der neuen polnischen Machthaber betrachtet. Vielmehr konstatiert der Publizist, dass dieser Prozess für die PO-Regierung eher „schmerzhaft, sogar schamhaft“ sein muss; denn schließlich „geht es um das Aufgeben von idealistischen Prinzipien“, denen zufolge Russland Polen auf Augenhöhe behandeln sollte und für die Menschenrechtsverletzungen wie auch die Verletzungen der demokratischen Standards bestraft werden sollte.<sup>32</sup>

---

<sup>30</sup> Jarosław Kaczyński, Polnischer Rundfunk, Sendung: „Sygnały Dnia“, 19.12.2007.

<sup>31</sup> Magierowski, Marek: Czy ktoś chce jeszcze tarczy?, in: *Rzeczpospolita*, 9.1.2008.

<sup>32</sup> Bielecki, Jędrzej: Tusk zdecydował się na politykę pragmatyzmu wobec Rosji, 3.12.2007.

## **Abschlusswort**

Insgesamt betrachtet hat die Jahreswende 2007/2008 im Hinblick auf die polnisch-amerikanischen sowie polnisch-russischen Gespräche über die geplante Errichtung des US-Raketenabwehrschildes auf polnischem Territorium keine endgültige Entscheidung gebracht. Vielmehr erscheint die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der jeweils bilateralen Gespräche größer zu sein als noch vor einigen Monaten. Man kann heute nur spekulieren, wie die Amerikaner auf die unflexible Haltung des polnischen Verhandlungspartners reagieren werden, welche Schritte die russische Seite demnächst vornehmen wird und inwieweit die polnische Gesellschaft die neue Russlandpolitik Polens akzeptieren wird. Da aber im Februar und März 2008 einige Treffen der polnischen, amerikanischen und russischen Politiker auf der höchsten Ebene anstehen, können diese Fragen früher als erwartet geklärt werden.

(30. Januar 2008)